

Berliner Tageblatt



Nr. 458

und Handels-Zeitung

Donnerstag, 27. September 1928
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

„Keine weiteren Verhandlungen über Seeabrüstung.“

Amerikas Antwort überreicht.

Zwei verschiedene Noten an Paris und London. — „Höflich, aber negativ.“

(Telegramme unserer Korrespondenten)

○ LONDON, 27. September.

Die Antwort der Vereinigten Staaten auf das französisch-britische Flottenkompromiss ist auf der hiesigen amerikanischen Botschaft eingetroffen und wird wahrnehmlich noch heute im Laufe des Vormittags überreicht werden. Wie „Exchange“ aus Washington berichtet, enthält die amerikanische Antwort, dass das englisch-französische Uebereinkommen keine geeignete Grundlage für die Erneuerung einer Erörterung über die Flottenabrüstung bildet, und legt sodann den amerikanischen Standpunkt in der Kreuzerfrage und der U-Boot-Frage dar.

Das Auswärtige Amt lässt durch die Morgenpresse eine offizielle Erklärung verbreiten, in der erneut versichert wird, dass das französisch-britische Flottenkompromiss keine Vereinbarungen über ein Luftübereinkommen mit Frankreich enthalte, und dass alle in dieser Beziehung verbreiteten Gerüchte unwahr seien. Dies Dementi bezieht sich vor allem auf die Meldungen der „Tribuna“, dass die Verlegung der Hauptmacht der französischen Luftstreitkräfte nach der italienischen Grenze durch ein französisch-britisches Uebereinkommen bedingt sei, demzufolge die französische Regierung den Ausbau der geplanten Militärstützplätze an der Kanalküste aufgabe.

× PARIS, 27. September.

Der „Petit Parisien“ sagt, den aus New-York und London einmündenden Nachrichten sei zu entnehmen, dass die amerikanische Antwort über das englisch-französische Flottenkompromiss

gestern in London und Paris übergeben wurde. Auf diese indirekte Art teilt das Blatt, das oft das Sprachrohr des Quai d'Orsay ist, mit, dass die amerikanische Antwort auch in Paris eingetroffen ist. Ueber den Inhalt der Antwort sagt „Petit Parisien“, sei im Augenblick schwer etwas zu erfahren; aber es sei zu vermuten, dass

die Antworten an Paris und London verschieden abgefasst sind, und dass Amerika England gegenüber andere Gründe für seine ablehnende Haltung anführt, als gegenüber Frankreich. Die Antwort sei höflich, aber negativ.

Es könne aber nichts Genaueres gesagt werden, solange das Schriftstück nicht veröffentlicht wird, was wohl nicht lange dauern werde, „da ja Washington die Gewohnheit hat, seine an fremde Mächte gerichteten Noten sofort nach Absendung der Öffentlichkeit zu übergeben“. Der Quai d'Orsay dementiert durch den „Petit Parisien“ noch einmal die aus Russland stammende Nachricht von Abmachungen zwischen England und Frankreich. Nach dem ersten Dementi der im „Roten Stern“ erschienenen Mitteilungen durch den Quai d'Orsay haben die „Westjia“ erklärt, dieses Dementi betreffe nicht das Vorhandensein, sondern die Zahl der Abmachungen zwischen England und Frankreich. Dieser Auslegung seines Dementis stellt der Quai d'Orsay ein neues Dementi entgegen: „Ausser dem Flottenkompromiss, das den interessierten Mächten mitgeteilt wurde, ist keine andere Konvention zwischen London und Paris abgeschlossen worden. Dieses Dementi des Quai d'Orsay richtet sich, wie „Petit Parisien“ sagt, auch gegen die Mitteilung der „Tribuna“ von einem Luftabkommen zwischen England und Frankreich und gegen die Betrachtungen, die der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ daran knüpfte.

Geduldige Republik.

Von

Dr. Ernst Feder.

Dem Deutschen ist der Ordnungssinn eingepflanzt, vielleicht angeboren. Als ich vor kurzem im Engadin war, traf ich einen Oberlehrer aus Süddeutschland, der sein Befremden darüber äusserte, dass im Bündner Land so wenig Schutzleute zu sehen sind. In Pontresina habe er während einer ganzen Woche nicht einen Polizisten erblickt. Bei aller Anerkennung der himmlischen Naturschönheiten empfand doch seine Ordnungsliebe eine gewisse Leere, weil in dem Landschaftsbild die Vertreter der irdischen Gerechtigkeit fehlten. Und in diesem Deutschland des klassischen Ordnungssinns beginnt jetzt wieder eine Bewegung gegen die Staatsordnung, die in solchen Formen wohl in keinem anderen Land der Erde, sei es eine Despotie oder eine demokratische Republik, möglich ist.

Seit einiger Zeit predigt der Stahlhelm, predigen die sogenannten vaterländischen Verbände die „nationale Tat“, nicht etwa gegen fremde Staaten, sondern gegen die deutsche Republik. Und die Deutschnationale Partei, froh, die Aufmerksamkeit von dem Zwist in den eigenen Reihen ablenken zu können, stimmt in den Chor ein. Jahrelang hielt sich der Stahlhelm zurück. Er wollte hinein in den Staat. Die Deutsche Volkspartei wollte hinein in den Stahlhelm, und als Stresemann die Locarno-Politik verteidigte, schützten ihn Jünglinge mit dem Stahlhelm auf der Brust.

Jetzt glauben die Herren, dass ein anderer Wind weht. Die Parole lautet gegen den Staat, und der gewaltsame Umsturz ist das Ziel. Natürlich auf gesetzmässigen Wege. Man ist vorsichtig geworden, und noch der grimmigste Redner flücht in seine Aufreizungen die Beschwichtigungsformel „mit gesetzlichen Mitteln“ ein. Das ist das Alibi, das sich jeder gewissenhafte Delinquent vor der Tat für alle Fälle zu sichern weiss. In Wahrheit weiss man natürlich genau, dass die Ziele, zu denen man aufruft, mit gesetzlichen Mitteln nicht zu erreichen sind. Wenn man sehr hoch rechnet, folgt solchen Parolen noch nicht ein Viertel im Reichstag, noch nicht ein Sechstel in der Wählerstimm, und es ist ausgeschlossen, dass ein Gesetz des Stahlhelms im Parlament oder im Volk eine Mehrheit gewinnt.

Das Ziel ist das alte. Die Mittel wechseln — wie die Mode. In früherer Zeit, noch vor fünf Jahren, als die lähmende Inflation über dem Lande lag, war es der primitive Putschgedanke, mit dem man spielte. Der Umsturz sollte vom Süden ausgehen, von dem grossen Karst, der inzwischen ganz klein geworden und von der bayerischen Regierung auf den Sessel des höchsten Verwaltungsrichters wie auf einen Mokierstuhl gesetzt worden ist. Dann kam der Trick mit dem Artikel 48, der legale Putsch, Patent Class, beim Reichsgericht angemeldet und von diesem anerkannt. Heute ist das Volksbegehren die grosse Mode, und so verschanzt man die ungesetzlichen Ziele hinter dieser willkommenen Gesetzlichkeit, wie der Lüstling, der seine unkeuschen Absichten hinter der Maske des loyalen Freiers versteckt.

Man will den Umsturz. Man will ihn ohne Risiko. Und an führender Stelle im Kampf zeigen sich auffällig viel Beamte, aktive und pensionierte. Hier muss die Abwehr einsetzen, wenn sich der Staat nicht an der Bewegung gegen den Staat mitschuldig machen will. Ein Wort zur Verständigung zuvor. Im alten Regime konnte ein Sozialdemokrat nicht einmal Nachtwächter werden, und wenn ein unbesoldeter Privatdozent an der Berliner Universität Physik lehrte, wurde er schleunigst entfernt. Der Gedanke, ein Demokrat könnte Landrat, ein Sozialist Professor werden, hätte fröhliche Heiterkeit geweckt. Es ist selbstverständlich, dass der Volksstaat ein so unwürdiges System von sich weist. Wir fürchten uns nicht vor deutschen Nationalen Nachtwächtern, und deutschnationale Professoren dürfen kraft der Weimarer Verfassung, die sie nicht lieben, in allen Natur- und Geisteswissenschaften unterrichten. Dass freilich in der Hauptstadt der Republik zehn Jahre nach Begründung der Republik, das Staatsrecht der Republik nur von deutschnationalen Lehrern, also nur von Gegnern der Staatsform, gelesen wird, ist, höflich gesagt — Wie sage ich es höflich meinem Minister? Wie lange noch, Herr Becker? Da nebenbei.

Weg also mit der Gesinnungsschneefleise des alten Regimes. Aber eines geht nicht. Geht in keinem Staate. Dass nämlich der Staat selbst die Männer besoldet, die seinen Umsturz betreiben. Bei uns begann sich der Brauch einzubürgern, dass man erst gegen die Republik putschte und dann, wenn der Streich misslang, vor den Gerichten der Republik sein Gehalt und seine Pension einlegte. Das haben die Revolutionäre von 1848 nicht getan. Es geht auf

Argentinien Antwort an Genf.

Die Kammer streicht den Völkerbundsbeitrag.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

BUENOS AIRES, 27. September.

Nach monatelanger Untätigkeit rafft sich der Kongress zur Beilegung seiner Arbeiten vor dem für Ende des Monats ansetzenden Schluss seiner Sitzungsperiode auf. In einer siebenstündigen Sitzung nahm die Kammer das Budget an, das gegenüber dem Vorjahr um 55 Millionen Pesos auf 863 Millionen Pesos steigen ist. Es enthält u. a. enorme Aufbesserungen der Offiziersgehälter. Gleichzeitig strich die irigoyenistische Mehrheit den Völkerbundsbeitrag Argentinien, gleichsam als Antwort auf die in Genf an Argentinien gerichtete Einladung. Nachdem die Beitrittsklärung Irigoyens vor neun Jahren vom Kongress nicht ratifiziert worden ist, hat Argentinien doch, ohne Mitglied zu sein, bisher den Beitrag bezahlt, dessen Streichung den Austritt unterstreicht. Die anfängliche Begeisterung für den Völkerbund ist hier erloschen, so dass keine treibende Kraft mehr für den Beitritt wirkt, der auch während der kommenden Regierung Irigoyens schwerlich erfolgen wird.

Öelstreit mit Kolumbien.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

WASHINGTON, 27. September.

Der panamerikanische Horizont ist zurzeit wieder etwas gebt durch Differenzen zwischen Kolumbien und den Vereinigten Staaten. Die kolumbische Regierung hat die Bohrerlaubnis für zwei Millionen Hektar grossen sogenannten Barco-Oelfelder gegen der angeblichen Nichterhaltung der Bohrfristen aufgehoben. Zu den Konzessionären gehört die dem Schatzsekretär Mellon nahestehende Gulf Oil Company of Pennsylvania. Da Kolumbien die Intervention des amerikanischen Gesandten als eine unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten scharf ablehnt, hat die hiesige Regierung formell protestiert. Der erste Schritt war, dass die „Antiyankeo“-Stimmung in Bogotä sehr ansehlich wurde. Das Parlament hat der Regierung einmütig sein Vertrauen ausgesprochen und die amerikanischen Gesellschaften in einer Resolution auf den Rechtsweg vor kolumbischen Gerichten verwiesen. Die Lage ist gerade jetzt unangenehm, da die Demokraten die Regierung wegen ihrer imperialistischen Politik gegen Lateinamerika angreifen. Andererseits fürchtet man einen Prestigeverlust durch den Verzicht auf das Interventionsrecht und eine Ermüdung der bekannten Bestrebungen von der britischen Regierung kontrollierten Anglo-Persian Oilcompany in unmittelbarer Nähe des P. makanales, die sogenannte Yates-Konvention zu erlangen.

BUENOS AIRES, 27. September.

Die Nachrichten über das Eingreifen der Vereinigten Staaten in Kolumbien zum Schutz der nordamerikanischen Petroleum-

interessen haben hier einhelligen Protest der Presse hervorgerufen. Sie erhöhen das Misstrauen gegen die Auswirkungen des amerikanischen Kapitals, das die „Nación“ als „verdächtiges und gefährliches Fahrzeug eines versteckten Imperialismus“ bezeichnet. Die „Prensa“ sagt, der Schutz der amerikanischen Bürger im Ausland, wie ihn Washington auftrage, sei ein Attentat auf die Unabhängigkeit der kleineren Staaten und gefährde die internationalen Beziehungen. Im Zeichen des Kellogg-Paktes berührt dieser neue Zwischenfall in Lateinamerika doppelt peinlich.

Der Sieg des Luftministers.

Der Marineminister Leygues wollte zurücktreten.

(Telegramm unseres Pariser Bureau's)

× PARIS, 27. September.

Die Mitteilungen der Morgenzeitungen erlauben eine genaue Uebersicht der im gestrigen Ministerrat zum Statut des Luftministeriums gefassten Beschlüsse. Alle bisher auf die Ministerien des Krieges, der Marine und der Kolonien für ihre Luftabteilungen entfallenden Kredite werden für das Budget des Luftministers eingeschrieben. In diesem Budget, das nach den ersten Schätzungen ungefähr 1300 Millionen betragen wird, sollen auch die Gehälter der Offiziere und Mannschaften der Luftabteilungen enthalten sein. Das gesamte militärische Personal wird gleichfalls dem Luftminister unterstellt. Das Luftministerium muss aber den Ministerien des Krieges und der Marine dauernd die Geschwader zur Verfügung stellen, welche die beiden Minister zur Ausbildung der Truppen benötigen werden. Einige Einzelfragen werden noch durch Dekrete geregelt werden, die dem Präsidenten der Republik im Ministerrat vom 2. Oktober zur Unterzeichnung vorgelegt werden sollen. Der Beschluss des Ministerrats hat, wie der „Matin“ meldet, den Marineminister Leygues dazu veranlasst, seinen Kollegen mitzuteilen, dass er unter diesen Bedingungen sein Amt nicht weiterbehalten könne. Aber der Ministerpräsident Poincaré und der Präsident der Republik bezogen den Marineminister, seinen Entschluss zurückzuziehen, indem sie auf die ersten politischen Folgen dieser Demission hinwiesen, die den Rücktritt des gesamten Kabinetts mit sich gebracht hätte.

Bürgerblockregierung in Schweden?

(Telegramm unseres Korrespondenten)

STOCKHOLM, 27. September.

Admiral Lindman, der Führer der Rechtspartei, ist vom König beauftragt worden, das Ministerium zu bilden. Es wird sich um ein Ministerium aus den bürgerlichen Parteien handeln, die in der Wahl die bürgerliche Koalition gebildet haben, das sind die Rechten, der Bauernbund, die Freisinnigen und die Liberalen. Falls das Ministerium zustandekommt, dürfte es bis Ende der Woche gebildet sein.